

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abg. teleph. erstellte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabak nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturaten hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge d. d. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Verzögerung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 3780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Tel. 321.

Nummer 74

Altensteig, Mittwoch, den 29. März 1933

58. Jahrgang

Aufhebung des Stahlhelmverbots für Braunschweig am 1. April

Ein amtliches Kommuniqué

Braunschweig, 28. März. Der Vorsitzende des braunschweigischen Staatsministeriums Dr. Rüchenthal übergab um 12 Uhr der Presse folgendes Kommuniqué über die Verhandlungen in der Stahlhelmsangelegenheit:

Die Reichsregierung erkennt die vom braunschweigischen Innenminister Klages gegenüber dem Stahlhelm, Gau Braunschweig Stadt ergriffenen energischen Maßnahmen als berechtigt an.

Nachdem der Reichsarbeitsminister Franz Seldte als Erster Bundesführer des Stahlhelm die disziplinarische Erledigung der Angelegenheit zugelassen hat und die Gefahr einer illegalen Aktion marxistischer Organisationen unter falschen Decknamen beseitigt ist, wird Minister Klages das für das Land Braunschweig ausgesprochene Verbot des Stahlhelm mit dem 1. April 1933 aufheben.

Sprechung zwischen Göring und Seldte

Berlin, 28. März. Amtlich wird mitgeteilt: Am Dienstag vormittag fand zwischen Reichsminister Göring und dem Stahlhelmführer Reichsminister Seldte eine Besprechung wegen der Vorgänge in Braunschweig statt. Die eingehende Untersuchung ergab, daß es sich um eine rein lokale Angelegenheit handelt, die im Laufe des Nachmittags von der Reichsregierung in Ordnung gebracht wird. Die Zusammenarbeit von SA, SS, und Stahlhelm im gesamten Reichsgebiet wird durch diese lokalen Vorgänge in keiner Weise berührt. Es besteht auf allen Seiten der einstimmige Entschluß, die kameradschaftliche Zusammenarbeit dieser Verbände zu festigen und zu vertiefen.

Das Ergebnis der Besprechungen zwischen Reichsminister Seldte und der braunschweigischen Regierung

Einfügung eines kommissarischen Stahlhelm-Landesführers
Berlin, 29. März. Bei der Untersuchung der Vorfälle in Braunschweig hat sich, wie die „Kreuzzeitung“ von zuständiger Seite erzählt, herausgestellt, daß die Führerschaft des Gau Braunschweig bei der Neuaufnahme zahlreicher Mitglieder zwar in gutem Glauben, aber entgegen den Weisungen der Bundesführung fehlerhaft und politisch bedenklich gehandelt hatte. Der erste Bundesführer Seldte hat nach sorgfältiger Prüfung der Vorgänge die Einfügung eines kommissarischen Landesführers verfügt und wird gleichzeitig einen Führerwechsel im Gau Braunschweig veranlassen. Zwischen dem Reichsminister Seldte und der braunschweigischen Landesregierung ist, so betont die „Kreuzzeitung“, in eingehender Besprechung völlige Übereinstimmung erzielt worden.

Flugzeugkatastrophe bei Dirmuiden

15 Tote

Brüssel, 28. März. Bei Dirmuiden ist ein englisches Verkehrsflugzeug, das sich auf dem Wege von England nach Brüssel befand, abgestürzt. Das Flugzeug ging sofort in Flammen auf. Es sind 15 Personen ums Leben gekommen.

Es handelt sich bei dem abgestürzten und verbrannten Flugzeug um eine dreimotorige, 1200 PS starke englische Maschine der Imperial Ltd., die um 13.36 Uhr vom Flughafen Brüssel im Richtung London aufgeflogen war. An Bord befanden sich außer dem englischen Piloten ein Radiotelegraphist und zwölf Passagiere. Bei dem Unglück sind sämtliche Personen ums Leben gekommen. Die Gendarmterie war aus dem benachbarten Essen sofort zu der Unglücksstelle geeilt, konnte aber nur noch aus dem völlig verbrannten Apparat die verbliebenen Leichen bergen. In einem Umkreis von 30 bis 200 Meter von der Unfallstelle fand man die völlig zerstückelten Körper von vier Fahrgästen, die offenbar verbrannt haben, im Augenblick des Absturzes herausgesprungen. Die Trümmer des abgestürzten Flugzeuges sind weitläufig auf dem Boden verstreut. Unter den verunglückten Fahrgästen befinden sich drei Deutsche (nach einer anderen Meldung vier Deutsche), unter ihnen eine Dame, acht Engländer und ein Belgier.

Ueber die Ursache der schrecklichen Katastrophe ist man zur Zeit noch auf Vermutungen angewiesen. Offenbar haben die Motoren ausgefehlt und es ist dem Piloten nicht mehr gelungen, die schwere Maschine im Gleitflug auf den Boden zu bringen. Bei dem heftigen Anprall mußten die Benzintanks Feuer gefangen haben. Das Flugzeug land sofort nach seinem Aufschlag auf den Boden in Flammen. Bei dem verunglückten Flugzeug handelt es sich um die Maschine, die den regulären Flugdienst zwischen Köln, Brüssel und London versieht. Es waren außer den Passagieren mehrere hundert Kilogramm Gepäck und Post an Bord.

Die NSDAP. gegen die Greuelpropaganda

Ab 1. April Boykott jüdischer Geschäfte

München, 28. März. Die Nationalsozialistische Korrespondenz veröffentlicht nun den Aufruf der Parteileitung über den Abwehrkampf gegen die Greuelpropaganda, der an alle Parteiorganisationen der NSDAP gerichtet ist. In dem Aufruf heißt es u. a.: Deutschland will keine Weltwirren und keine internationalen Bemerkungen, aber das nationale revolutionäre Deutschland ist fest entschlossen, der inneren Mißwirtschaft ein Ende zu bereiten. Die kommunistischen und marxistischen Verbrecher und ihre jüdisch-intellektuellen Anführer, die mit ihren Kapitalien rechtzeitig ins Ausland flüchten, entfallen nun von dort aus eine gewissenlose landesverräterische Hehlkampagne gegen das deutsche Volk überhaupt. Lügen und Verleumdungen von geradem haarsträubender Verrohung werden über Deutschland losgelassen. Die deutschen Waren, die deutsche Arbeit sollen dem internationalen Boykott verfallen. Die NSDAP wird nunmehr den Abwehrkampf gegen diese Generalverbrechen mit den Mitteln aufnehmen, die geeignet sind die Schuldigen zu treffen. Denn die Schuldigen sind bei uns zu leben unter uns und mißbrauchen Tag für Tag das Gastrecht, das ihnen das deutsche Volk gewährt hat. In einer Zeit, da Millionen Menschen von uns nichts zum Essen haben, da Hunderttausende deutsche Gestaltlose an der Straße verkommen, ähen diese jüdischen intellektuellen Literaten zwischen uns und nehmen unter Gastrecht in Anspruch. Jahrzehntelang hat Deutschland jeden Fremden maßlos herein gelassen.

Der Aufruf fährt dann fort: Die Boykott- und Greuelbehe darf nicht und wird nicht das deutsche Volk treffen, sondern in tausendfacher Schwere die Juden selbst.

Wir sehen die Not und das Elend unserer eigenen Volksgenossen und fühlen uns verpflichtet, nichts zu unterlassen, was eine weitere Schädigung dieses unseres Volkes verhindern kann.

Die Verantwortlichen für diese Lügen u. Verleumdungen sind die Juden unter uns. Von ihnen geht diese Kampagne des Hasses und der Lüge gegen Deutschland aus. In ihrer Hand läge es, die Lügner in der anderen Welt zu rechtzuweisen. Da sie dies nicht wollen, werden wir dafür sorgen, daß dieser Haß- und Lügenfeldzug gegen Deutschland sich nicht gegen das unschuldige deutsche Volk, sondern gegen die verantwortlichen Heher selbst richtet.

Die Boykott- und Greuelbehe darf nicht und wird das deutsche Volk nicht treffen, sondern in tausendfacher Schwere die Juden selbst.

Es ergibt daher an alle Parteidienststellen und Parteioorganisationen folgende

Anordnung:

1. In jeder Ortsgruppe und Organisationsgliederung der NSDAP sind sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte. Die Aktionskomitees sind verantwortlich dafür, daß der Boykott keinen Unschuldigen, umso härter aber die Schuldigen trifft.
2. Die Aktionskomitees sind verantwortlich für den höchsten Schutz aller Ausländer ohne Ansehen ihrer Konfession und Herkunft oder Rasse. Der Boykott ist eine reine Abwehrmaßnahme, die sich ausschließlich gegen das deutsche Judentum wendet.
3. Die Aktionskomitees haben sofort durch Propaganda und Aufklärung den Boykott zu popularisieren. Grundsatz: Kein Deutscher kauft noch bei einem Juden oder läßt von ihm und seinen Hintermännern Waren anpreisen. Der Boykott muß ein allgemeiner sein. Er wird vom ganzen Volk getragen und muß das Judentum an seiner empfindlichsten Stelle treffen.
4. In Zweifelsfällen soll von einer Boykottierung solcher Geschäfte solange abgesehen werden, bis nicht vom Zentralkomitee in München eine anders bestimmende Anweisung erfolgt. Vorsitzender des Zentralkomitees ist Parteigenosse Streicher.
5. Die Aktionskomitees überwachen auf das Schärfste die Zeitungen, die jeweils sich an dem Auslandsendung gegen die jüdische Greuelbehe im Ausland betreiben. Zur Zeitungen dies nicht oder nur beschränkt, so ist darauf zu achten, daß sie aus jedem Haus, in dem Deutsche wohnen, augenblicklich entfernt werden. Kein deutscher Mann und kein deutsches Geschäft soll in solchen Zeitungen noch Annoncen aufgeben. Sie müssen der öffentlichen Verachtung verfallen, geschrieben für die jüdischen Kadetten, aber nicht für das deutsche Volk.

6. Die Aktionskomitees müssen die Verbindung mit den Betriebszellen-Organisationen der Partei die Propaganda der Aufklärung über die Folgen der jüdischen Greuelbehe für die deutsche Arbeit und damit für den deutschen Arbeiter in die Betriebe hineintragen und besonders die Arbeiter über die Notwendigkeit des nationalen Boykotts als Abwehrmaßnahme zum Schutz der deutschen Arbeit aufklären.

7. Die Aktionskomitees müssen bis in das kleinste Bauerndorf hinein vorgetrieben werden, um besonders auf dem ländlichen Land den jüdischen Händler zu treffen.

Grundsätzlich ist immer zu betonen, daß es sich um eine uns aufgezwungene Abwehrmaßnahme handelt.

8. Der Boykott geht nicht verzeittelt ein, sondern schlagartig; in dem Sinne sind augenblicklich alle Vorbereitungen zu treffen. Es ergeben die Anordnungen an die SA, und SS, um vom Augenblick des Boykotts ab durch Posten die Bevölkerung vor dem Betreten der jüdischen Geschäfte zu warnen. Der Boykottbeginn ist durch Plakatanschlag und durch die Presse, durch Flugblätter usw. bekanntzugeben.

Der Boykott geht schlagartig, Samstag, den 1. April Punkt 10 Uhr vormittags ein. Er wird fortgesetzt, solange bis nicht eine Anordnung der Parteileitung die Aufhebung befehlt.

9. Die Aktionskomitees organisieren sofort in Zehntausenden von Massenversammlungen, die bis in das kleinste Dorf hineinreichend haben, die Forderung nach Einführung einer relativen Zahl für die Beschäftigung der Juden in allen Berufen entsprechend ihrer Beteiligung an der deutschen Volkszahl. Um die Stoßkraft der Aktion zu erhöhen, ist diese Forderung zunächst auf drei Gebiete zu beschränken:

- a) Auf den Besuch an den deutschen Mittel- und Hochschulen,
- b) für den Beruf der Ärzte,
- c) für den Beruf der Rechtsanwälte.

10. Die Aktionskomitees haben weiterhin die Aufgabe, daß jeder Deutsche, der irgend eine Verbindung zum Ausland besitzt, diese verwendet, um in Briefen, Telegrammen und Telefonaten aufklärend die Wahrheit zu verwenden, daß in Deutschland Ruhe und Ordnung herrscht, daß das deutsche Volk keinen schmerzlicheren Wunsch besitzt, als im Frieden seiner Arbeit nachzugehen und im Frieden mit der anderen Welt zu leben und daß es den Kampf gegen die jüdische Greuelbehe nur führt als reinen Abwehrkampf.

11. Die Aktionskomitees sind verantwortlich, daß sich dieser gesamte Kampf in vollster Ruhe und größter Disziplin vollzieht. Krümmt auch weiterhin keinem Juden auch nur ein Haar! Wir werden mit dieser Hehe fertig einmütig durch die einschneidende Wucht dieser ausgeführten Maßnahmen. Mehr als je zuvor ist es notwendig, daß die ganze Partei in blindem Gehorsam wie ein Mann hinter der Führung steht.

Nationalsozialisten, Ihr habt das Wunder vollbracht, in einem einzigen Angriff den Novembersturm über den Haufen zu rennen. Ihr werdet auch diese zweite Aufgabe genau so lösen. Das soll das internationale Weltjudentum wissen: Die Regierung der nationalen Revolution hängt nicht im luftleeren Raum, sie ist der Repräsentant des schaffenden deutschen Volkes. Wer sie angreift, greift Deutschland an! Wer sie verleumdet, verleumdet die Nation! Wer sie bekämpft, hat 65 Millionen den Kampf angejagt!!

Wir sind mit den marxistischen Hehern in Deutschland fertig geworden; sie werden uns nicht in die Knie beugen, auch wenn sie vom Ausland aus ihre vorkommunistischen Berrätereielen fortsetzen.

Nationalsozialisten, am Samstag Schlag 10 Uhr wird das Judentum wissen, wenn es den Kampf angejagt hat.
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Parteileitung.

Spontane Boykottbewegung in Kiel

Kiel, 28. März. Vor einer Reihe von Kaufhäusern und Schuhgeschäften, so bei Karstadt, Woolworth und den Schuhhäusern von Mercedes und Salamander erschienen in den Abendstunden des Dienstags Abteilungen der Hitlerjugend und auch SA, und forderten das Publikum unter Hinweis auf die jüdische Greuelpropaganda im Auslande auf, nicht mehr in jüdischen Geschäften und Warenhäusern zu kaufen. Die betreffenden Geschäftsleitungen wurden veranlaßt, die Schaufenster unbeleuchtet zu lassen.
Wie von der NSDAP, Gau Kiel mitgeteilt wird, ist eine Anregung zu diesen Teilkaktionen von ihr nicht ergangen.

Boykottaktionen in verschiedenen Teilen des Reiches

Berlin, 28. März. Am Dienstag ist es in verschiedenen Teilen des Reiches so in Gleiwitz, Glogau, Schwetzingen, Eberswalde, Augsburg usw. zu Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte gekommen. In allen Fällen wurden die Juden der Warenhäuser, jüdischen Geschäften und Rechtsanwaltsbüros aufgefordert, ihre Betriebe zu schließen und den Angehörigen des Volkes im voraus zu zahlen. In Zwischenfällen ist es allerdings gekommen die Aktionen waren nicht in aller Ruhe vor sich

Der Kronprinz gegen Greuelpropaganda

Berlin, 28. März. Der frühere Kronprinz hat an den amerikanischen Schriftsteller Biered einen Brief gerichtet, in dem er sich mit Nachdruck gegen die im Ausland getriebene Greuelpropaganda wendet.

Der Deutsche Vortrupp nationaldeutscher Juden gegen die Höhe im Ausland

Berlin, 28. März. Der Deutsche Vortrupp, ein Verband, der sich aus nationaldeutschen gesinnten, jungen, bündisch gerichteten Juden zusammensetzt, überreicht der Öffentlichkeit eine Erklärung, in der es heißt: Ostjuden und angebliche deutsche Juden aus den linksgerichteten Parteien, die aus Deutschland gestücht sind, wagen es, eine grenzenlose Hege gegen Deutschland zu betreiben.

Die Protestkundgebung in Neugort

Neugort, 28. März. In der von 2000 Menschen besetzten Madison-Square-Garden-Halle wurde eine Protestversammlung veranstaltet. Die einzelnen Redner betonten in ihren Reden durchweg ihre Freundschaft für Deutschland und das deutsche Volk und beschränkten ihre Proteste auf die angeblich vorhandene oder in Zukunft mögliche Absicht der deutschen Regierung, gegen die deutschen Juden vorzugehen.

Die Demonstrationen der polnischen Juden

Warschau, 28. März. Die Juden haben am Montagabend die angekündigte Demonstration gegen das nationale Deutschland abgehalten. In zahlreicher Versammlung schrien sie Entschuldigungen gegen die „deutsche Barbarei“ und beschloßen, deutsche Waren zu boykottieren.

Deutschfeindliche Hege in Palästina

Jerusalem, 28. März. (Reuters.) Die heiligen Juden haben beschloßen, in ganz Palästina eine Boykottbewegung gegen deutsche Waren und deutsche Filme einzuleiten, um gegen den Antisemitismus in Deutschland zu protestieren.

Rundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz zur nat. sozialistischen Bewegung

Fulda, 28. März. Die Fuldaer Bischofskonferenz hat eine Rundgebung erlassen, in der es u. a. heißt:

Die Oberhirten der Diözesen Deutschlands haben aus triftigen Gründen in den letzten Jahren gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung eine ablehnende Haltung durch Verbote und Warnungen eingenommen. Es ist nunmehr anzuerkennen, daß von dem höchsten Vertreter der Reichsregierung, der zugleich autorisierter Führer jener Bewegung ist, öffentliche und feierliche Erklärungen gegeben sind, durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderlichen Aufgaben und Rechten der Kirche Rechnung getragen wird.

Ohne die in unseren früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös-ästhetischer Zertüme anzubeden, glaubt daher der Episkopat das Vertrauen hegen zu können, daß die vorbestimmten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen. In Geltung bleibt die Mahnung an die politischen Vereine und Organisationen, im Gotteshaus und bei kirchlichen Funktionen aus Ehrfurcht vor der Heiligkeit derselben zu vermeiden, was als politische oder parteimäßige Demonstration erscheinen und daher Mißhöf eregen kann.

„Germania“ und „Völkischer Beobachter“ zum Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz

Berlin, 29. März. Der heutige Erlaß der Fuldaer Bischofskonferenz wird von der Berliner Morgenpresse meist im Wortlaut, jedoch ohne redaktionelle Stellungnahme wiedergegeben. Nur „Germania“ und „Völkischer Beobachter“ knüpfen an die Wiedergabe kurze Bemerkungen.

Die „Germania“ schreibt: Wir haben immer wieder betont, daß es sich für die kirchlichen Instanzen in dieser wichtigen Frage nie um Erwägungen politischer Natur gehandelt hat, sondern um eine Frage, die die Glaubenslehre und das Wesen der Kirche selbst angeht. Erst die klaren Ausführungen des Herrn Reichsanwalt haben es dem Episkopat ermöglicht, diese bedeutsame Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben.

Der „Völkische Beobachter“ zieht aus der Erklärung den Schluß, daß sämtliche Verfügungen gegen die NSDAP, und auch gegen die nationalsozialistischen katholischen Priester zurückgezogen werden. Das Blatt, das den Schritt der Fuldaer Bischofskonferenz „autoritätlich begrüßt“, schließt: Wir werden uns freuen, wenn aus dem Entschluß sich noch offiziell die Folgerung gezogen würde, daß der deutsche Nationalismus keine „Häresie“ darstellt, sondern eine zu schätzende Lebensäußerung des deutschen Menschen.

Die Kabinettsberatungen am Mittwoch

Berlin, 28. März. Von unterrichteter Seite wird bestätigt, daß der Reichsanwalt erst im Laufe des Mittwochvormittags nach Berlin zurückkehren wird. Mittags oder nachmittags wird dann eine Ministerbesprechung und im Anschluß daran eine Kabinettsitzung stattfinden. Die Ministerbesprechung gilt der Aussprache über die allgemeine politische Lage. In der Kabinettsitzung werden die Entwürfe verschiedener Verordnungen behandelt werden, darunter eine über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat, worüber wir bereits vor einiger Zeit berichteten, ferner die angekündigte Verlängerung des Reichshaushaltsplanes um ein Vierteljahr und schließlich die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes.

Abbrüstungskonferenz bis zum 25. April vertagt

Genf, 28. März. Der Hauptauschuß der Abbrüstungskonferenz hat sich am Montagabend nach Abschluß der allgemeinen Aussprache über den britischen Konventionentwurf bis zum 25. April vertagt. Mit 42 Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, die vom Berichterstatter der Konferenz, Benesch, ausgefertigt worden ist. In dieser Entschließung wird im wesentlichen gesagt, daß der britische Konventionentwurf die Grundlage für die kommenden Einzelberatungen des Hauptauschusses sein wird. In dem materiellen Inhalt der Resolution, in der auch auf die Resolution des Hauptauschusses vom 22. Juni 1932 Bezug genommen wird, gaben die Vertreter Russlands, Deutschlands, Italiens, Ungarns und Oesterreichs kurze Erklärungen ab, in denen sie darauf hinwiesen, daß sie jederzeit gegen diese Resolution gestimmt bzw. sich der Stimme enthalten hätten. In der angenommenen Resolution werden die Delegierten aufgefordert, eventuelle Änderungswünsche zu dem britischen Konventionentwurf bis spätestens 20. April d. J. einzubringen.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 29. März 1933.

Das Gesetz über die Gleichhaltung in Ländern und Gemeinden, das dieser Tag in Kraft treten soll und über das wir am Montag berichteten, würde für die Zusammenlegung des Altensteiger Gemeinderats evtl. nachteilige Auswirkung haben. Es würden erhalten: Nationalsozialisten 8 Sitze, Sozialdemokraten 2 Sitze, Kommunisten 2 Sitze, Schwarz-Weiß-Rot 1 Sitz, Christlicher Volksdienst 1 Sitz. Dabei käme es noch auf evtl. Listenverbindungen an, die eingegangen werden können. Die kommunistischen Stimmen würden hier den Nationalsozialisten zufallen.

Salterbach, 27. März. (Ballonlandung.) Heute vormittag halb 12 Uhr überflog ein bemannter Ballon die Stadt und landete bald darauf auf der westlichen Markung. Die drei Insassen waren auf dem Flugfeld bei Augsburg aufgestiegen und hatten die 170 Kilometer lange Strecke in drei Stunden zurückgelegt. Um der Gefahr einer Landung auf französischem Boden zu entgehen, hatten sie vorgezogen, schon am Rande der ausgedehnten Waldungen des Schwarzwaldes niederzugehen. Die Landung ging auf dem Felde zwar etwas unanständig, aber ohne Unfall vonstatten.

Calmbach, 27. März. Ein Unglücksfall, der noch gnädig abgelaufen ist, passierte am Samstagmittag um 12 Uhr in der Schönbürgerstraße beim Helmgang der Arbeiter der Gauthier'schen Fabrik. Ein rufschichtloser Radfahrer fuhr in einem Tempo auf der linken Straßenseite den entgegenkommenden Schreinermeister Erhard entgegen, daß es den Mann zwei Meter weit an die Wand eines Hauses warf, wo er mit blutender Kopfwunde liegen blieb.

Neuenbürg, 27. März. Polizeibeauftragter Böhner erschien heute in Neuenbürg. Es wurden umfassende polizeiliche Maßnahmen getroffen. 21 Personen wurden vorläufig festgenommen. Neun sind in Schutzhaft behalten worden und befinden sich im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis; u. a. Pfarrer Fröh Horneder von Schwann, der den Kommunisten nahesteht, der Zentrumsmann Studientrat Braun von Neuenbürg und der langjährige sozialdemokratische Gemeinderat Buchdruckermeister Heintzelmann. Außer ihnen sind mehrere Amtsträger von Neuenbürg verhaftet oder vorläufig festgenommen worden. Die Namen der Verhafteten werden im übrigen noch nicht bekannt gegeben. — Am Dienstag wurden in der Gemeinde Birkenfeld ähnliche Polizeimaßnahmen durchgeführt.

Wildbad, 28. März. Gestern Abend wurden hier und auch nahezu im ganzen Enzival polizeiliche Maßnahmen durchgeführt, die der neuernannte Polizeibeauftragte, Landtagsabg. Böhner von Ragold, leitete. Zahlreiche Personen wurden verhaftet. Im Sitzungssaal des Rathauses in Wildbad, vor dem sich eine große Menschenmenge angesammelt hatte, wurde ein vorläufiges „Sammellager“ eingerichtet. Als die vorläufig festgenommenen entlassen werden sollten, riefen drei von ihnen „Rot Front“, worauf sie sofort endgültig in Schutzhaft genommen wurden.

Obingen, 28. März. (Selbstmordversuch auf den Schienen.) Montagfrüh wurde auf dem Bahnkörper zwischen Lautlingen und Laufen ein Unbekannter schwerverletzt aufgefunden, der auf den Schienen den Freitod suchen wollte. Es handelt sich um einen verheirateten Kaufmann R. K. aus Rohrt bei Stuttgart, der vor wenigen Tagen unter der Beschuldigung, Unterschlagungen begangen zu haben, arbeitslos geworden ist. Er erlitt sehr schwere Verletzungen an beiden Beinen.

Serravallo, 27. März. (Waldbrand.) Um 12.45 Uhr rief die Streife des Elektrizitätswerks Feueralarm.

An der Kurve der Kotenholer Steige hatte eine Reisefahrer Frau Reis angezündet; das Feuer griff auf den benachbarten jungen Waldbestand über. Die Gefahr eines gefährlichen Waldbrandes wurde durch die sehr rasch herbeigeeilte Feuerwehr abgewandt, ehe größerer Schaden entstehen konnte.

Stuttgart, 28. März. (S. A. -Fahrer sprechen im Rundfunk.) Am Mittwoch, 29. März, werden von 19 bis 19.30 Uhr die Herren von Jagow und Rudin im Südb. Rundfunk sprechen.

Oberhausen O. A. Reutlingen, 28. März. (Nächtliches Feuer.) Dienstag morgen stand das Wohn- und Desonomiegebäude des Christian Köfer in hellen Flammen. Die Bewohner, die alten Eheleute Köfer, sowie eine eingemietete Frau, konnten sich notdürftig geliebet, retten.

Höppingen, 28. März. (Beurlaubt.) Der vom Würt. Innenministerium als Unterkommissar für das Oberamt Höppingen ernannte Reichstagsabgeordnete Dreher-Ull hat Landrat Feuerer hier als Kommissar für die Stadt Höppingen bestellt und gleichzeitig Oberbürgermeister Hartmann von seinen Dienstgeschäften bis auf weiteres beurlaubt.

Waiblingen, 28. März. (Tragischer Tod.) Ein 18 Jahre alter Gärtnerlehrling, dem von seinen Lehrern und dem Lehrherrn in Kammelshausen die besten Zeugnisse ausgestellt wurden, fiel bei Ablegung der Gesellenprüfung in Stuttgart durch. Aus Verzweiflung darüber kürzte sich der hoffnungsvolle junge Mann vom fahrenden Eisenbahnzug und wurde als verkümmelte Leiche nach Stuttgart verbracht.

Hall, 28. März. (Große Bajonettjunge.) Die in den letzten Wochen gegen die Kommunisten betriebene Aktion hat nun auch in Hall einen unerwartet starken Erfolg zu verzeichnen. Am Freitag und Samstag wurden in Gnadenal und in Hall eine größere Anzahl Pistolen verschiedener Kalibers und mehrere tausend Schuß Munition gefunden. Vor der Reichstagswahl fand in einer Feldscheune eine geheime Versammlung der KPD, unter Leitung des kommunistischen Führers Heinrich Start von Gnadenal statt. Bei dieser Versammlung wurden die Teilnehmer bis ins kleinste über das Vorgehen bei der damals bevorstehenden kommunistischen Revolution unterrichtet. Am Dienstag nach der Wahl wurde dann Start in Hall festgenommen. Er ist jetzt im Konzentrationslager auf dem Heuberg. Die Instruktion über die Behandlung der Waffen fand in der Wohnung der Näherin Albrecht im Saalamt statt. Am Freitag stellten die Beamten in einer Waldklinge unter einer Tanne, zwei Spatenstiche tief, eine große wasserdicht verschlossene Blechbüchse fest, in der eine größere Anzahl Pistolen verschiedener Kalibers und etwa 1000 Schuß Munition enthalten waren. Weiter befand sich bis vor kurzer Zeit auf Markung Gnadenal eine größere Kiste mit 16 Pistolen und etwa 2000 Schuß Munition. Viele Waffen und die Munition wurden aber von Badnanger Kommunisten abgeholt, wo nun weitere Ermittlungen stattfinden.

Enzweilingen, O. A. Ludwigsburg, 28. März. (Wanda-Illmus.) Der Betrieb der Eisen- und Metallindustrie AG. wird nach Westfalen verlegt. Ein kleiner Teil der Arbeiter wird mitgenommen. Nun wurden in den letzten Tagen in dem Fabrikgebäude, und zwar von Arbeitern selbst, nicht weniger als 79 Fenstersteine eingeworfen. Erreicht wurde dadurch nur das eine, daß das Werk jetzt acht Tage früher stillgelegt wird, als vorgesehen war.

Konfirmanden 1933

Gemeinde Bergorte 5 Söhne und 4 Töchter. Aus Aichelberg: Christian Walz, Georg Wolf, Frida Wolf. — Aus Hünerberg: Luise Haf, Emma Schabbe. — Aus Weiskern: Jakob Großmann, Fröh Kübler, Fröh Schumacher, Anna Großmann.

Aus Baden

Pforzheim, 28. März. Gestern wurden zwei hiesige Kommunistenführer, die sich längere Zeit verborgen und den Nachforschungen der Polizei entzogen hatten, bei häuslichen Durchsuchungen entdeckt und festgenommen. Es handelt sich um den kommunistischen Stadtrat Heinz Jäger und um den Parteivollmächtigen Hellmut Schwarz, die beide im Schutzhaft genommen worden sind.

Wägen, 27. März. Am Sonntagfrüh wurde in Sasbach Bürgermeister Kühner von einigen SS-Vertretern aus seiner Wohnung geholt, im Kraftwagen in die Gegend von Freiburg gebracht, dort im Walde auf gräßlichste mißhandelt und ausgepeitelt. Die Ortsgruppe Wägen der Nationalsozialistischen Partei erklärt zu diesem Vorfall eine Erklärung, in der es heißt: „Trotz wiederholten Befehle der obersten Parteiführung, keine Sonderhandlungen zu unternehmen, haben hiesige Mitglieder der SS, am Sonntagfrüh gegen den Bürgermeister von Sasbach eigenmächtig Handlungen unternommen, die von der Parteileitung unbedingt abgelehnt werden. Zur Beruhigung der Öffentlichkeit sei mitgeteilt, daß die Sache untersucht wird und die Täter ihrer Bestrafung entgegenzusehen. Niemand soll glauben, daß wir solche Sonderhandlungen billigen.“

Der neue badische Landtag

Karlsruhe, 28. März. Der neue Badische Landtag dürfte sich auf Grund des Gleichhaltungsgesetzes über Landesparlamente zum Reichstag wie folgt zusammensetzen: NSDAP, 33, Deutschnationale 8, Sozialdemokraten 9, Zentrum 18, Volksdienst und Volkspartei 2 Sitze; das sind 65 Abgeordnete, die NSDAP hat somit im neuen Badischen Landtag die Mehrheit. Die Kommunisten sind im neuen Landtag völlig ausgeschlossen.

Mannheim, 28. März. (Schwere Unterjagungen.) Bei Durchsicht der Akten des beurlaubten Verwaltungsdirektors der badischen Krankenanstalten wurde ein Schreiben gefunden, das auf schwere Unterschlagungen verschiedener Angestellten hinweist.

Mannheim, 28. März. (Ortskrankenkasse von S. S. befehlt.) Auf generelle Anweisung des Reichsarbeitsministeriums hin wurde am Sonntagabend die Reichheimer Ortskrankenkasse von der Mannheimer SS, und dem Stabheim befehlt. Die Bezahlung dauert noch an im Interesse der in Kürze zu erwartenden Maßnahmen.



Kundgebung des gewerbli. Mittelstandes

Stuttgart, 28. März. Die Organisationen des gewerblichen Mittelstandes veranstalteten am Montag abend zusammen mit der Handwerkskammer Stuttgart eine große Mittelstandskundgebung. Der Besuch der Veranstaltung von nah und fern, auch aus den Oberämtern Ludwigsburg, Walldingen, Schorndorf, Gmünd, Ehlingen, Göppingen usw. war so stark, daß der Festsaal schon eine Stunde vor Beginn wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden mußte. Viele Tausende mußten im Konzertsaal der Viederhalle, im Viederhallgarten und nach im Stadtgarten untergebracht werden, wo die Reden durch Lautsprecher übertragen wurden. Als Gäste wohnten der Kundgebung auch Finanzminister Dr. Dethinger, die Staatsräte Hirzel und Lehmann, Landesfinanzamtspräsident Pfeiffer, der Rektor der Technischen Hochschule bei. Nach dem feierlichen Einmarsch der Höhenabteilungen der SA, der SS, des Stahlheims, des deutschen nationalen Kampftropps sowie der Handwerksvereinigungen eröffnete der deutschnationale Stadtrat, Bäderobermeister Käßeler-Stuttgart, die Kundgebung, wobei er die besonderen Gründe des an der Teilnahme verhinderten Staatspräsidenten Murr überbrachte. Der Redner feierte die nationale Erhebung und gedachte ihrer Taten, worauf die SA-Kapelle das Lied vom guten Kameraden spielte.

Als Hauptredner des Abends sprach Staatskommissar Dr. Strauß über Gemeinde und Mittelstand. Er führte u. a. aus: Gemeinde und Mittelstand sind die ausgesprochenen Stiefkinder des bisherigen politischen und wirtschaftlichen Systems gewesen. Die Gemeinde war das Stiefkind unter den Trägern der öffentlichen Wirtschaft und der Mittelstand auf der anderen Seite war all die Jahre hindurch das Stiefkind der privaten Wirtschaft. Einzelhandel und Handwerk waren die ausgesprochenen Prügelknaben, die von allen Seiten mißachtet und mit Füßen getreten worden sind. Die Folge dieser Behandlung von Gemeinde und Mittelstand war, daß weithin in Deutschland heute zu Trümmerhaufen geworden sind. Die Ursachen für die Not liegen vor allem auf drei Gebieten: 1. in der völlig verfehlten Finanz- und Steuerpolitik der bisherigen Reichsregierungen, 2. in der bewußten Zerschlagung der kommunalen Selbstverwaltung und 3. in der grundtätig falschen geistigen Verfassung und Haltung der Wirtschaft. Das parlamentarische System in den Gemeinden war vor allem der Ausgangspunkt einer unverantwortlichen Ausgabenwirtschaft, durch die wiederum der Mittelstand völlig unnützlich belastet worden ist. Insbesondere auf dem Gebiete der Beamtenpolitik hat die Parteiherrschaft geradezu Drogen gefeiert. Eine ausgesprochene Folge des Parteiensystems war auch die Schematisierung der Fürsorge. Unmittelbar auf marxistischen Einflüssen ist auch die Uebersteigerung der Regiebetriebe zurückzuführen. Gerade hier muß eine gründliche Veränderung der Einstellung der Gemeinden zum Mittelstand eintreten. Die Gemeinden haben die Pflicht, den Mittelstand vor seinen wirtschaftlichen Gegnern zu schützen. In diesem Sinne habe ich mich auch bereits dafür eingesetzt, daß die Konkurrenz der Warenhändler eingeschränkt wird. Dringend notwendig ist es auch, daß man aus den Warenhüllern die „Lodovogel“ — die Lebensmittelladungen und die Erfrischungsräume — verschwinden läßt. Es ist ferner dringend notwendig, dafür zu sorgen, daß bei den häuslichen Vergebungen unbedingt nach dem Geist der Reichsordnungsvorschriften verfahren wird. Neben solchen Einzelmaßnahmen ist aber gerade auch vom Standpunkt des Mittelstandes aus eine grundlegende Reform des Gemeindeverwaltungsrechts notwendig. Der Gemeinderat ist ein Verwaltungskörper und kein Gesetzgebungsorgan. Daraus ergibt sich als Grundforderung gerade vom Standpunkt des Mittelstandes die radikalste Entpolitisierung der Gemeindeverwaltung. Eine wichtige Zukunftsaufgabe ist daher die Umgruppierung der Gemeindevorstellungen auf die Grundlage der berufständlichen Gliederung. Im Interesse einer fruchtbareren Arbeit sollte ferner die Zahl der Gemeindevorstellungen wesentlich verringert werden, z. B. in Stuttgart von 60 auf 50 oder 40. Gleichzeitig muß aber auch die Stellung des Stadtvorstandes durch die Gemeindeordnung im Sinne des Führer-Gedankens ausgeglichen werden. Der Stadtvorstand muß dem Gemeinderat den Stempel seiner Persönlichkeit aufdrücken. Vordringlich ist im Augenblick die Gleichhaltung des Gemeinderats mit dem Reichstag und den Länderparlamenten noch wichtiger als all diese Reformen ist sowohl für die Gemeinden wie für den Mittelstand die Gesundung der Wirtschaft überhaupt. Vor allem ist eine völlige geistige Erneuerung notwendig. Kapitalismus und Marxismus haben aber in gleicher Weise zu der jetzigen Verelendung des Mittelstandes beigetragen. Angesichts dieser Tatsachen müssen Gemeinde und Mittelstand miteinander einen Weg zur Neugestaltung der Wirtschaft finden. Die Wirtschaft muß aus einer Herrscherin wieder zu einer Dienerin des Volkes werden. Es ist der unerlöschliche Wille der nationalen Bewegung, die Prostitution des Einzelnen und die Selbstsucht der Klasse zu überwinden und den Grundgedanken „Gemeinnut geht vor Eigennut“ als Pflicht und als Ehre für jeden einzelnen zum obersten Gesetz zu erheben. Das ist ein weltliches Ziel, das sich die nationale Regierung gestellt hat. Der Mittelstand und die Träger der nationalen Revolution haben daher das gleiche Ziel.

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Drechslermeister Dampel-Stuttgart wachte die Handwerksführer, die immer politische Neutralität predigten, aber die Hitlerbewegung bekämpften, oder jetzt plötzlich mit Treuschwären und auch noch mit Forderungen kommen. Er erklärte, daß wer nicht mitgemacht habe, auch nichts zu fordern habe. Für die bisherigen Handwerksführer, die Demokraten, Wirtschaftsparteiler usw. heißt jetzt die Parole: Abtreten! Wenn sie nicht freiwillig verschwinden würden, so von den Nationalsozialisten aus dem Schemel herausgehoben werden.

Der deutschnationale Land- und Reichstagsabgeordnete Widen-Stuttgart sprach für den kaufmännischen Mittelstand. Er wandte sich mit scharfen Worten gegen das System der letzten vierzehn Jahre. Unter dem Einfluß des Marxismus, der Demokratie und des Liberalismus sei die Anarchie des Kapitals Tatsache geworden. Das Ergebnis sei eine ausgeblutete deutsche Wirtschaft, eine unbeschäftigte Industrie, eine in Not geratene Landwirtschaft. Wir verlangen eine neue Wirtschaftsordnung, die einen neuen, mächtigen Mittelstand schafft. Jeder Mittelständler habe die Pflicht, sich hinter die neue Regierung zu stellen, da sie die bisherigen Forderungen des Mittelstandes zu den ihren gemacht hat. Das Schlußwort sprach der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Wagner-Kogold, worauf die Kundgebung mit großen Beifallsstürmen für die Redner und dem Gesang des Deutschlandliedes schloß.

Der Nationalsozialistische Kampfbund zur Erhaltung des gewerblichen Mittelstandes gibt zu den wichtigsten Mittelstandsfragen eine Erklärung ab, in der u. a. heißt: Der Kampf

band des gewerblichen Mittelstandes vertritt das wirtschaftliche Sofortprogramm der NSDAP, das folgende Punkte umfaßt: Förderung der Privatinitiative unter Anerkennung des Privateigentums, Neuordnung des Warenhaufens, Beseitigung der steuerlichen Bevorzugung der Konsumvereine, Bekämpfung der Genossenschaften, die den Mittelstand gefährden, Einschränkung der Regiebetriebe, Neuorganisation des Vergewaltigungswesens, Bankenkontrolle, Preiskontrolle, Unterbindung von Korruptionserscheinungen, Ausschaltung ungerechtfertigter Gewinnspannen des Zwischenhandels u. a. m.

Unterkommissariate aufgehoben

Bekanntmachung des Innenministeriums über Aufhebung der Unterkommissariate

Da nach Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Württemberg die Polizeigewalt der Bezirks- und Ortspolizeibehörden mit Unterstützung der Hilfspolizei völlig ausreicht, werden sämtliche Unterkommissariate im Geschäftsbereich des Polizeikommissars für das Land Württemberg mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Damit ist die alleinige Zuständigkeit der Staatlichen und der Gemeindebehörden im früheren Umfange wiederhergestellt.

Zur Verhütung von Schußdelikten ist nach wie vor nur das Polizeipräsidium — Landeskriminalgewalt — Stuttgart zuständig. Die Bezirks- und Ortspolizeibehörden können bei Gefahr im Verzug die betreffenden Personen festhalten, die die Aufhebung des Landeskriminalgewalt erkennen ist.

Vor weitgehenden Rabinettmaßnahmen in Württemberg

Stuttgart, 28. März. Nachdem das öffentliche Leben in Württemberg weitgehend von den Anhängern der kommunistischen Brandstifterpartei gereinigt wurde und die übelsten Feiger im Konzentrationslager auf dem Heuberg Gelegenheit bekommen haben, sich einer nützlicheren Tätigkeit zu widmen, geht nun, wie der „NS-Kurier“ meldet, die württembergische Regierung daran, mit einem Schloß auch die Verwaltungen des Staates und der Gemeinden von den Todfeinden der deutschen Erhebung zu befreien. Wie das Blatt hört, wird die Regierung demnächst zu einer Sitzung unter Leitung des Staatspräsidenten Murr zusammenzutreten, um sich mit diesem Fragenkomplex zu befassen und einen entsprechenden Beschluß durchzuführen. Es ist damit zu rechnen, daß allen Beamten, insbesondere auch den Lehrern, Angestellten und Arbeitern der Staats- und der Gemeindebehörden die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei und zu irgend welchen kommunistischen Organisationen verboten wird. Dasselbe gilt für alle öffentlich-rechtlichen Einrichtungen. Verbieten wird nicht nur die Zugehörigkeit, sondern auch die Betätigung für irgend eine dieser Organisationen.

Abhebung der Vorhänge von fünf Dristenklassen

Stuttgart, 28. März. Der Staatskommissar für die Krankenkassen Württembergs hat die Verhandlungssachen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Heilbronn, Friedrich Reihardt, Helmut L. m. Hermann Wild, Ravensburg, Mathias Grafwohl, Ulm, Stadtrat Spindler, und Tetzmann, Stadtbauamtsleiter Oberhanner, die Ausübung ihres Amtes bis zur Durchführung der Amtsenthebung nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren unterlagert. Die Bestellung von Kommissaren für diese Krankenkassen ist in Aussicht genommen.

Polizeiaktionen — Politische Vorgänge in Gemeinderäten

In Heimerbach wurden zahlreiche Kommunisten verhaftet, darunter zwei Stadträte. Auch in Weiskirchen sind mehrere Verhaftungen erfolgt. In Stuttgart ist Rechnungsrat Waldvogel aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten und hat sein Amt als Vorsitzender des Allg. Deutschen Beamtenbundes niedergelegt. In Friedrichshafen hat Reichsbahnassistent Obermayer, ehemals Führer der Reichsbanner, sein Stadtratmandat niedergelegt, und seinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei erklärt. In Ehlingen hat der kommunistische Gemeinderat Steinmann sein Mandat niedergelegt; auch ist er aus der Partei ausgetreten. In Geislingen ist das Naturfreundehaus Inmementreute von Landjägern geschlossen worden. Im Herder Bezirk wurden neuerdings vier Personen in Schutzhaft genommen, darunter der Kaufmann Fredo Weill in Reisingen. Eine Versammlung des Freiwirtschaftsbundes, die in Ulm stattfand, wurde aufgelöst, da sie nicht anwesend war. In Ehlingen O. A. Leuberg hat man drei weitere Kommunisten verhaftet. In Gmünd ist ein auswärtiger Arbeiter wegen Beleidigung des Reichsanwalters festgenommen worden. In Völklingen hat Stadtrat Vanzhol seinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei erklärt. In Gais im nunmehr die große Polizeiaktion abgeschlossen. 22 Personen wurden nach dem Konzentrationslager auf dem Heuberg verbracht. In Weiskirchen O. A. Bradenheim ist das Naturfreundehaus geschlossen worden. In Ulmerode O. A. Crailsheim hat man dem Reichsanwalt und dem württ. Staatspräsidenten das Ehrenbürgerrecht verliehen außerdem der früheren Judengasse den Namen Hitlerstraße gegeben. In Weiskirchen bei Reulingen wurden 14 Kommunisten verhaftet, darunter drei Gemeinderäte. In Buitzenhausen, dem Helmatort Eybergers, hat man den Reichspräsidenten, den Reichsanwalt, den Staatspräsidenten und Herrn von Jagow zu Ehrenbürgern gemacht. In Heimerbach und in einigen Bezirksorten sind verschiedene Verhaftungen vorgenommen worden, sogar die eines Weiskirchen. In Stuttgart hat sich die Ortsgr. der Internat. Frauenliga für Freiheit und Frieden aufgelöst und ihr Vermögen dem AdD. Wohlfahrtsamt überwiesen. In Muerhaedt wurden 14 junge Kommunisten verhaftet und abtransportiert. Am Samstag Ind im Bezirk Reulenberg, und zwar in den Ortschaften Dietersweiler und Glatten 21 Personen in Schutzhaft genommen worden. In Heidenheim war am Montag früh eine große Polizeiaktion unter hartem Aufgebot von Polizei, Hilfspolizei SA, SS und Stahlhelm. Es sind etwa 30 bis 40 Personen verhaftet worden. In Mergelstetten wurden drei Kommunisten verhaftet. Drei sozialdemokratische Gemeinderäte haben dort ihr Mandat niedergelegt.

Das Konzentrationslager auf dem Heuberg

Stuttgart, 28. März. Das Konzentrationslager auf dem Heuberg umfaßt, wie wir erfahren, bereits 1200 politische Gefangene. Die Gefangenen werden demnächst mit Straßendauerarbeiten im Lager selbst beschäftigt werden. Gerüchte, daß die Gefangenen erzögerten müßten, sind falsch. Das Konzentrationslager war von Polizeibehörde a. D. Reich-Stuttgart eingerichtet worden, der es auch bis zum letzten Samstag geleitet hatte. Der neue Leiter des Lagers ist Major a. D. Kaufmann.

Mißbrauch des Horst-Wessel-Liedes

Das Württ. Innenministerium — Polizeikommissar für das Land Württemberg — teilt mit:

Das Horst-Wessel-Lied ist das Kampflied der nationalen Erhebung. Ich muß es daher als einen Mißbrauch dieses Liedes bezeichnen, wenn es bei ungeeigneten Anlässen und an unpassenden Verhältnissen gesungen wird, wie z. B. in Gastwirtschaften oder ohne besonderen Grund auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Ich erwarte, daß die Mitglieder und Anhänger der NSDAP darauf hinwirken, daß das Lied in Zukunft nur noch bei Gelegenheiten, die einen würdigen Rahmen für das Horst-Wessel-Lied bilden, und nur von Anhängern der nationalen Regierung gesungen wird. Andernfalls müßte ich auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 den Mißbrauch des Liedes unter Strafandrohung verbieten.

Keine Betriebsratwahlen

Durch Verfügung des Württ. Innenministeriums — Polizeikommissar für das Land Württemberg — ist über die Abhaltung von Betriebsratwahlen folgendes bestimmt worden: Im Einklang mit dem Württ. Arbeitsministerium wird auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die Abhaltung von Betriebsratwahlen bis auf weiteres verboten.

Verbot des Schützens des Geflügels

Durch eine Bekanntmachung des Innenministeriums wird festgestellt, daß Paragraph 13 der Verfügung des Innenministeriums, betreffend den Verkehr mit Schlachttier und Fleisch, sich auf Tiere überhaupt bezieht. Mitbin ist auch das Schützen von Geflügel nicht mehr zulässig. Die Betäubung kann auch bei Geflügel mit einem Schlag mittels eines runden Holzrads von 4 bis 50 Zentimeter Länge und 3 bis 4 Zentimeter Durchmesser auf den Schädelteil hinter dem Kamm leicht ausgeführt werden, wie dies in den großen Geflügelgeschlächtereien schon längst üblich ist.

Bildung von Sondergerichten

Stuttgart, 28. März. Laut Verordnung des Justizministeriums wird für den Bezirk des Oberlandesgerichts Stuttgart ein Sondergericht mit dem Sitz in Stuttgart gebildet.

Ein Stahlhelmaufruf

Das Gräuen — Ritterlichkeit gegen Frauen, Mäßigung vor dem Alter!

Der Landesführer des „Stahlhelm“-Landesverbands Baden-Württemberg, Dr. Weitzel, hat an seine Kameraden folgenden Aufruf erlassen, der die Jugend zur Ritterlichkeit gegen Alter und Frauen mahnt:

„Kameraden! Durch Befehl der Bundesführer wie auch durch Anordnung der Länderregierungen ist Gruppiertheit angeordnet zwischen den Anhängern der nationalen Bewegung einerseits und der Reichswehr und Schutzpolizei andererseits. Um alle Zweifel zu beseitigen, bestimme ich: Der Einzelgänger grüßt geschlossene Abteilungen zuerst! Fahnen der Armeen, Reichskriegsflagge, Reichsflagge und Hakenkreuzflagge sind möglichst nicht im Geben, sondern in Achtungstellung zu grüßen. Der Kamerad in Führerstellung wird zuerst begrüßt. Inwiefern Unkenntnis oder Unklarheit besteht über die Führerabzeichen, hat grundsätzlich der jüngere Kamerad den Älteren zuerst zu grüßen, ebenso der junge Kamerad den Frontkämpfer, wenn dieser an Orden und Ehrenzeichen (zum Beispiel EK-Band) als solcher erkennbar ist. Das Bauen auf den Gruß zeigt von kleinlicher Gesinnung und darf bei unserer Kameraden nicht vorkommen. Im Zweifel grüßt der junge Kamerad auf jeden Fall zuerst und beweist damit, daß Zucht, Sitte und Achtung des anderen Kleides ihm anzuziehen ist.“

Gleiches erwarte ich ferner von unseren Kameraden vor dem Alter, insbesondere vor unseren Frauen. Novemberrevolution, Inflationsnot und Klassenkampf haben weite Kreise unserer Jugend verrotzt und jede Ritterlichkeit, Ehrfurcht und Anstand aus dem Verkehr unserer Volksgenossen in der Öffentlichkeit verschwinden lassen. Auf der Straße, auf der Trambahn, am Fahrkartenschalter, in der Straßenbahn — überall hat in den letzten vierzehn Jahren die rohe Gewalt ein Benehmen gezeigt, mit dem aufgetaumt werden muß. Es ist unser Wille, daß ihr, die jungen Freiheitkämpfer von heute, bereits im Alter die Achtung und Ehrerbietung genießt, welche euch zukommt. Darum müßt ihr heute das Beispiel geben. Ehret Vater und Mutter! Achtet das Alter, die Frauen, die Schwachen und Kranken! Bringt deutsche soldatische Ritterlichkeit wieder zu Ehren! Halbt Kameradschaft und bedenkt immer, daß auch der politische Gegner ein deutscher Mann ist und bereit aus Ueberzeugung, nicht aus Furcht sich einreihen muß in die große junge bärnische Front der deutschen Freiheit!“

Schrecklicher Mord in Redarweilungen

Stuttgart, 28. März. Am Montag früh wurde von Redarweilinger Einwohnern, die sich zur Arbeit in den Weinberg begaben, oberhalb des Weinbergweges der Blutüberströmte Leichnam eines jungen Mädchens gefunden. Es wurde festgestellt, daß das Mädchen von einem Feilschloß herabgestoßen worden sein mußte und daß es von dem Täter, da der Sturz offenbar nicht den sofortigen Tod zur Folge hatte, nachträglich erschlagen worden war. Diese Feststellungen haben sodann auch rasch zur Ermittlung des Täters geführt. Beim Sturz über den Felsen hatte das Mädchen seine Handtasche verloren, die auf einem schmalen Vorsprung gefunden wurde. Ein kleines Notizbuch, das sich in der Tasche befand, führte zunächst zur Feststellung der Persönlichkeit der Toten und gab Anhaltspunkte für die Adresse ihres Geliebten, von dem sie seit acht Monaten guter Hoffnung war. Dieser, ein 17jähriger Leptizier aus Redarweilungen, wurde alsbald in Badnang festgenommen. Er versuchte zuerst zu leugnen, gab aber dann unter dem Druck der Beweise zu, daß er schon seit langer Zeit mit dem Gedanken einer Befreiung des Mädchens getrieben habe, weil er die finanziellen Verpflichtungen abwenden wollte. Er räumt ein, das Mädchen über den Feilschloß herabgestoßen zu haben und sie, weil sie nicht tot war, mit Werfen von großen Steinen gegen ihren Kopf vollends zum Schwereigen gebracht zu haben.



Kleine Nachrichten aus aller Welt

Bantraub. Im Kassenraum einer Nebenstelle der Städtischen Sparkasse Bremen taubten zwei junge maskierte Leute 1500 RM und kückerten mit ihrer Beute in dem geladenen Personentransportwagen SB 13 196.

Der Maifeiertag in Sachsen aufgehoben. Auf Grund von Paragraph 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat hat der Reichskommissar für das Land Sachsen bestimmt, daß der 1. Mai 1933 nicht mehr als allgemeiner Feiertag begangen wird.

Verbot der SPD-Presse verlängert. Das Verbot der sozialdemokratischen Presse in Preußen ist auf unbestimmte Zeit verlängert worden.

60 Kommunisten in Fürth verhaftet. Nachts wurden in Fürth etwa 60 Kommunisten verhaftet, die in dem Verdacht stehen, ein Sprengstoffattentat auf das städtische Gaswerk in Fürth vorbereitet zu haben.

Amicushebung Dr. Gereske. Der Reichspräsident hat Dr. Gereske von dem Amte als Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung entbunden.

Der frühere Vizepräsident der Rheinprovinz verhaftet. Der frühere Vizepräsident der Rheinprovinz, Dr. Guse, ist auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft Halle von der Koblenzer Polizei verhaftet worden. In der Voruntersuchung soll festgestellt werden, ob sich Dr. Guse in seiner früheren Verwaltungsstelle der Attentatsbeteiligung und Unterschlagung schuldig gemacht habe.

Handel und Verkehr

Märkte
Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 28. März
Zutrieb: 32 Ochsen, 45 Bullen, 200 Jungbullen, 201 Kühe, 320 Jungkinder, 1476 Kälber, 1793 Schweine. Ueberlauf: 2 Bullen, 5 Kühe, 8 Jungrinder, 5 Kälber, 18 Schweine.
Ochsen: ausgem. 25-28 (25-28), volll. 23-25 (22-24), fl. 20-22 (19-21).
Bullen: ausgem. 25-26 (24-25), volll. 23-24 (22-23), fl. 21-22 (20-21).
Kühe: ausgem. 22-25 (22-24), volll. 18-19 (una.), fl. 12-14 (una.), ger. 9-11 (una.).
Jungrinder: ausgem. 30-32 (29-31), volll. 25-28 (25 bis 28), fl. 22-24 (21-24).
Kälber: feinste Mast- und beste Saugl. 43-44 (40-43), mittl. 37-41 (35-38), ger. 32-35.
Schweine: über 200 Pfd. 42 (38-39), von 240-300 Pfd. 41-42 (37-38), von 200-240 Pfd. 40-41 (36-38) von 160 bis 200 Pfd. 39-40 (35-37), von 120-160 und unter 120 Pfd. 37-38 (34-35), Sauen 30-35 RM. - Verkauf: Grobvieh mäßig belebt; Kälber belebt.
Hörzheimer Schlachtviehmarkt vom 27. März. Aufgetrieben waren 480 Tiere, und zwar 2 Ochsen, 9 Kühe, 46 Kinder, 19 Ferkel, 48 Kälber, 356 Schweine. Marktverkauf: Mäßig belebt. Ueberlauf: 5 Stück Grobvieh, ein Schwein. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen erster Klasse 27-29, Ferkel erster Klasse 26, zweiter und dritter 24-22, Kühe erster 22, zweiter und dritter 18-12, Kinder erster 30-32, zweiter 25 bis 27, Kälber zweiter 42-45, dritter 36-39, Schweine zweiter 41 bis 42, dritter 36-42.

Letzte Nachrichten

Der Führer des aufgelösten Freicorps Franken wieder freigelassen

Nürnberg, 29. März. Der Führer des aufgelösten Freicorps Franken, Wilhelm Stegmann-Schillingofürst, der, wie gemeldet, vor einigen Tagen verhaftet wurde, weil er mit verschiedenen Gefinnungsgenossen angeblich verabredet hatte, den nationalsozialistischen Führer Streicher zu beseitigen, ist laut „Frankfurter Kurier“ vom Gericht wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da der Verdacht gegen ihn sich nicht aufrechterhalten ließ.

Der Verband der Oberschlesienkämpfer löst sich auf
Berlin, 29. März. Der Landesjugenverband Oberschlesien, eine Wehrorganisation, die die Tradition des in Oberschlesien eingeeisenen Selbstschutzes aus den Abtötungskämpfen pflegt und außerordentlich weite Verbreitung in der ganzen Provinz und Mitglieder aus sämtlichen Parteilagern hat, erläßt, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, einen Aufruf, in dem er seine Selbstauflösung mitteilt. Der Aufruf ist u. a. unterzeichnet auch von dem Führer des Deutschen Selbstschutzes General Höfer und von General Hülßen.

Erdbeben in Peru
Lima, 28. März. Bei der Ortschaft Landabay hat sich ein Erdbeben ereignet. Etwa 100 Personen sind von den Erdmassen verschüttet worden.

Druck und Verlag der W. Richter'schen Buchdruckerei, Altensteig

Ämtliche Bekanntmachungen Waffeneinzug.

Die Anordnung des Polizeikommissars für Württemberg vom 17. ds. Mts. (Staatsanzeiger Nr. 65) bestimmt folgendes:

I. Sämtliche im Besitz von Privatpersonen befindlichen oder bei Staats- und Gemeindefürsorge verwahrten Heereswaffen, die entweder laut Verordnung vom 4. Febr. 1932 (Reg. Bl. S. 42) angemeldet oder deren Vorhandensein den Behörden sonst bekannt geworden ist, gegen Empfangsbescheinigung einzuziehen. Heereswaffen sind: Maschinengewehre, Maschinepistolen, Gewehre Modell 98, Karabiner Modell 98, Armeepistolen (insbesondere Pistole 08), sämtliche einschl. der vorhandenen Munition, und Handgranaten.

Diese Anordnung gilt nicht für Heereswaffen, deren Besitzer eine ämtliche Bescheinigung über die Aufbewahrung von Heereswaffen in Händen haben oder die sich im Besitz der staatlichen Beamten befinden.

II. Sonstige Schusswaffen, deren Besitzer weder einen Waffenerwerbsschein noch einen Waffenschein noch eine Anmeldebescheinigung vorzeigen können, sind ohne Ausstellung einer Empfangsbescheinigung einzuziehen. Dies gilt auch für Kleinkalibersportbüchsen.

Ausgenommen sind
a) Schusswaffen und Munition im Besitz von zugelassenen Waffenhändlern,
b) Jagdwaffen mit zugehöriger Munition, welche die Inhaber von Jahresjagdarten ordnungsmäßig erworben haben oder zu führen berechtigt sind.

III. Zuwiderhandlungen hiegegen werden mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe von 150 bis 15 000 Mark bestraft.

Die beteiligten Kreise werden hiemit aufgefordert, ihre der Einziehung unterliegenden Waffen unverzüglich spätestens aber bis 8. April ds. Js. beim Bürgermeisteramt abzugeben.

Nach Ablauf dieser Frist behalte ich mir vor, durch Landjäger, nötigenfalls durch Hilfspolizei, Durchsuchungen nach Waffen in Privatwohnungen vornehmen zu lassen.

Die Bürgermeisterämter werden beauftragt, diese Anordnung alsbald ortsüblich bekannt zu machen, die Waffen entgegenzunehmen und vorläufig auf dem Rathaus sicher zu verwahren. Wegen der Abholung der Waffen wird weitere Weisung erfolgen.

Magold, den 28. März 1933.

Oberamt:
Baitinger.

Altensteig-Stadt.

Die am 1. April 1933 hier wohnhaften Männer im Alter vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 50. Lebensjahre, welche der Freiw. Feuerwehr noch nicht angehören und nicht durch Krankheit oder Gebrechlichkeit oder durch öffentliche Berufspflicht am Feuerwehrdienst gehindert sind, können, wenn sie Mitglied der Feuerwehr werden wollen, ihren

Eintritt in die Freiw. Feuerwehr

in der Zeit vom Dienstag, den 28. bis Freitag, den 31. März ds. Js., je abends 6-7 Uhr beim Stadtbanamt anmelden.

Diesjenigen, welche vom April 1933 an in der Freiw. Feuerwehr keinen Dienst leisten, werden zu einer, auf 1. April für das ganze Rechnungsjahr 1933 fälligen

Feuerwehrrabgabe

herangezogen. Von der Abgabe befreit sind Kranke und Gebrechliche, wenn sie ihre Unfähigkeit zur Feuerwehrdienstleistung durch ärztliches Zeugnis nachweisen und durch öffentliche Berufspflicht Behinderte.

Bürgermeisteramt.

20 jähriges, eheliches Mädchen

sucht Stelle in Pelothaus, Altensteig und Umgebung bevorzugt. Angebote an Käthe Krauß, Bäckerin Breitenberg Calw Land.

Ein größeres Quantum Saat-

Kartoffeln
Erdjold und Scherjegen verkauft

Gottlieb Muffler
Eitmannsweller.

Altensteig
Im Auftrag suche

neue Fässer
gegen Dehnd oder Heu einzutauschen.
J. Wurster.

Für die kommende Bausaison empfehlen wir
Original
Ludowici-Doppelfalzziegel
von der Ludowici Betriebsges. m. b. H.
U & Z
ueeh & Ziegler
Telefon 209

Mit gutem Erfolg
inserieren Sie in der
Schwarzwälder Tageszeitung

Willkommene Geschenke
für Konfirmation und Ostern
sind

Füllhalter

die in gediegener Ausführung und
reicher Auswahl zu haben sind in der

Buchhandlung Lauf
Altensteig und Magold.

Berneck.

Danksagung



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir während der langen Krankheit und beim Heimgang unseres lieben Vaters, Großvaters und Schwiegervaters

Karl Hauser

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers am Grabe, für den erhebenden Gesang des Kirchenchors, für die Kranzniederlegung des Kriegervereins, sowie für die vielen Kranzspenden und zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, sagen auf diesem Wege ihren herzlichen Dank

die trauernden Hinterbliebenen Familie Götz und Mäusle.



Konfirmanden-
Geangbücher
in gediegener, reicher Auswahl
Geangbuch-
Sajchen

empfiehlt die

Buchhandlung Lauf
Altensteig und Magold.

Darüber sind sich Alle einig

daß die Hausfrauen beim Einkauf der tägl. Bedarfsartikel am besten beim Fachmann bedient werden. Gleichzeitig erfüllen Sie damit noch eine nationale Pflicht, wenn Sie dem schwer um seine Existenz ringenden Kleingewerbe Arbeit und Verdienst geben.

Wir bieten an:

sämtliche Mehlsorten
in prima Qualität
Groß- u. Kleinbackware aller Art
Kaffee- und Teegebäck

Die Mitglieder der
Bäcker - Innung
Altensteig und Umgebung

